

Geschenk für religiöse Hardliner

Zum Antipornografie-Gesetz

Anett Keller

Der 30. Oktober 2008 wird als immenser Rückschritt in die Geschichte der jungen Demokratie Indonesiens eingehen. Gegen den intensiven Widerstand breiter Teile der Bevölkerung boxte das Parlament ein Antipornografie-Gesetz durch.

Wie das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt sein Verhältnis zu Pornografie definiert, berührt weit mehr als die Frage, ob Bikinis an den Stränden der Touristeninsel Bali noch erlaubt sein werden. Das Gesetz öffnet Tür und Tor für eine massive Beschneidung der persönlichen und der künstlerischen Freiheit der indonesischen Bevölkerung. Denn es ist nach dem Motto gestrickt: Ich kann zwar Pornografie nicht definieren, aber ich erkenne sie, wenn ich sie vor mir habe.

Im Gesetz heißt es sinngemäß, dass jegliche mediale Darstellung und/oder jegliches öffentliches Auftreten, das zu Obszönitäten und/oder sexueller Ausbeutung führt und/oder die moralischen Werte der Gemeinschaft verletzt, Pornografie bedeutet. Ein solcher Gummiparagraf macht es möglich, künftig einen Künstler wegen einer Akt-Darstellung juristisch zu ver-

folgen. Bis zu zehn Jahren Gefängnis oder bis zu fünf Milliarden Rupiah (ca. 330 Euro) Geldstrafe sieht das Gesetz als Strafmaß vor. Ein solcher Gummiparagraf könnte aber auch dazu genutzt werden, Vergewaltigungen damit zu rechtfertigen, dass das Opfer zu aufreizend angezogen war.

Wer die Angst vor körperlicher Gewalt für überzogen hält, sollte sich die Paragrafen durchlesen, in denen von der Mithilfe der Öffentlichkeit beim Bekämpfen der Pornografie die Rede ist. Diese

könne dabei helfen, Produktion oder Vertrieb pornografischer Produkte einzudämmen, indem sie ein Auge auf die von Pornografie bedrohten Teile der Bevölkerung hat, heißt es dort. Das wird sicher nicht den massenhaften Vertrieb der »blue movies« eindämmen, die in Indonesien allerorten unter dem Ladentisch erhältlich sind. Gewalttätige Übergriffe von islamistischen Gruppen auf jene, die angeblich die »moralischen Werte der Gemeinschaft« verletzen, dürften nun aber weiter zunehmen.

Indonesien befindet sich im Wahlkampf – 2009 werden Parlament und Präsident neu gewählt. Schon jetzt versucht man, sich mögliche Partner unter den islamischen Parteien gewogen zu halten. Wie ideologisch die Debatte um das Gesetz aufgeladen war, zeigte sich schon daran, dass islamische Parteien forderten, das Gesetz möglichst noch vor Ende des Fastenmonats zu verabschieden, als »Ramadan-Geschenk« quasi. Nun haben sie das Geschenk. Der Preis, den die pluralistische Bevölkerungsmehrheit dafür zahlen muss, wird hoch sein.

kommentar



Die Kommentatorin hat in Leipzig und Yogyakarta Journalistik, Politikwissenschaft studiert. Sie ist freie Journalistin u.a. für *The Asia Pacific Times*, die *taz* und *Deutsche Welle*.